

Auftrag 1 – Textproduktion in Ihrer A-Sprache:

Verfassen Sie eine Zusammenfassung der Rede für die Publikation zur Konferenz in Ihrer A-Sprache (Länge: 200- 250 Wörter). Wenn Ihre A-Sprache in mehreren Ländern bzw. Kulturkreisen gesprochen wird, geben Sie bitte an, für welche Zielkultur Sie den Text verfassen.

Auftrag 2 – Textproduktion in Ihrer B-Sprache:

Verfassen Sie eine Zusammenfassung der Rede als Grundlage für einen Artikel im Politikteil einer Tageszeitung in Ihrer B-Sprache (Länge: 200- 250 Wörter). Ziehen Sie dabei die Bedingungen in der Zielkultur und den allgemeinen Wissensstand der zielsprachlichen Leser in Betracht. Wenn Ihre B-Sprache in mehreren Ländern bzw. Kulturkreisen gesprochen wird, geben Sie bitte an, für welche Zielkultur Sie den Text verfassen.

Auftrag 3 – Textproduktion in Ihrer C-Sprache:

Sie haben als VertreterIn einer im Energiebereich tätigen Nichtregierungsorganisation an der Konferenz teilgenommen. Verfassen Sie in Ihrer C-Sprache einen Bericht über die Rede zu Informationszwecken für Ihre Organisation, in dem die für die Zielkultur relevanten Aspekte zusammengefasst werden (Länge: 200- 250 Wörter). Wenn Ihre C-Sprache in mehreren Ländern bzw. Kulturkreisen gesprochen wird, geben Sie bitte an, für welche Zielkultur Sie den Text verfassen.

Ausgangstext: (853 Wörter)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser Konferenz. Ich möchte meine einleitenden Bemerkungen nicht mit der Darstellung von bereits bekannten und möglichen Katastrophen beginnen. Die Bedrohungen sind zwar real, real sind aber auch die Alternativen zu diesen wissenschaftlich untermauerten Szenarien. Es ist die Politik, die durch richtige Entscheidungen und Weichenstellungen heute noch eingreifen kann, um den Prozess des Klimawandels zu verändern. Das ist die Erwartungshaltung vieler an ihre Politiker und Politikerinnen, die sich als Anwälte des Gemeinwohls verstehen müssen. Es wird nun wahrscheinlicher, dass Australien ein Bündnispartner beim Klimaschutz wird. Ähnlich positive Signale kommen aus Neuseeland. Damit treten wir vor Bali in eine neue Phase des weltweiten Klimaschutzes ein, den die Menschen von ihren Regierungen verlangen. Wahrscheinlich ist es die bisher größte internationale Bürgerrechtsbewegung, die diesen Gesinnungswandel erzwingt. Der Klimaschutz ist als Lebensschutz ein Menschenrecht.

Meine Damen und Herren!

In der Europäischen Union haben wir vergangenen März die Rahmenbedingungen für die notwendigen Veränderungen gesetzt und uns im März dieses Jahres beim Treffen aller Regierungschefs der EU auf verpflichtende CO2 Reduktionsziele für Treibhausgase bis 2020 festgelegt. Um die Klimakatastrophe aufzuhalten, wird es freilich nicht genügen, dass sich die Europäische Union Reduktionsverpflichtungen setzt – sie ist für 14 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Ebenso wichtig ist, dass – neben den USA – auch die wirtschaftlich fortschrittlichen Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien ihren Beitrag leisten. Alle Prognosen gehen davon aus, dass diese Staaten bis zum Jahr 2020 über 50 Prozent der weltweiten Emissionen ausstoßen werden.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen wir gleichzeitig durch Technologietransfer unterstützen. Dazu gab es Ende September in New York beim High-Level Meeting der UNO ein klares Bekenntnis. Die UN-Klimaschutzkonferenz in Bali, die in wenigen Tagen beginnt, soll die Weichen für den weiteren globalen Klimaschutz stellen. Ziel ist ein

Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll, das – so der Plan - 2009 in Kopenhagen vereinbart wird.

Lassen Sie mich nun ein paar Worte zu Österreich sagen. Jüngste Daten veranschaulichen, dass die EU (EU15) das Kyoto Ziel von -8 Prozent bis 2012 erreichen wird. Ebenso werden die neuen EU-Mitgliedsstaaten, die damals noch nicht Teil der EU-Verpflichtung waren, ihre individuellen Emissionsreduktionsziele einhalten können. Die derzeit hohe Abweichung Österreichs vom Kyoto Ziel ist momentan Gegenstand vieler Diskussionen. Ich glaube, es ist das gute Recht von Experten, der Politik mögliche Kosten von Versäumnissen darzulegen. Wir sollten dies zum Anlass nehmen, alles zu tun, um diese Kosten zu vermeiden. So habe ich die Aussage von Herrn Professor Schleicher verstanden. Nur wenn wir unser Tempo erhöhen, Maßnahmen nicht nur ankündigen, sondern auch umsetzen und die Klimaschutzziele außer Streit stellen, werden wir diese projektierten Kosten zum großen Teil vermeiden können.

Was ist zu tun? Die Strategie der Bundesregierung konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte: Energieeffizienz, Energiesparen und Förderung erneuerbarer Energie. Das Instrument zur Erhöhung der Energieeffizienz haben wir mit dem Klima- und Energiefonds geschaffen. Er ist ein eigenständiges und schlagkräftiges Finanzierungsinstrumentarium, unter anderem zur Erforschung von neuen Technologien im Energie- und Umweltbereich. Damit verwenden wir gleichzeitig den Klimaschutz als zukunftsorientierte Jobmaschine. Ein enormes Potential gibt es beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung für die Wärmeerzeugung. Die thermische Gebäudesanierung, aber auch die Förderung der Fernwärme zählen darüber hinaus zu den kostengünstigsten Formen der Maßnahmen zum Klimaschutz. Wie gesagt, Energieeffizienz und Energiesparen sind die wesentlichen Elemente unserer Klimastrategie. Erfolgt beides parallel, so können beispielsweise im Sektor „Wärme und Kälte“ bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 2005 um bis zu 20 Tonnen CO₂ eingespart werden und gleichzeitig der Anteil der Erneuerbaren im Wärmebereich von derzeit 34 Prozent auf fast 80 Prozent gesteigert werden – und das unter eher konservativen Annahmen, was das Innovationspotential betrifft.

Darüber hinaus, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Bundesregierung natürlich bestrebt, unsere Energieimporte durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger zu reduzieren. Durch den hohen Anteil an Wasserkraft an der Stromproduktion nimmt Österreich eine Sonderstellung unter den Mitgliedstaaten der EU ein. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, um auch anderen erneuerbaren Energieträgern neben der Wasserkraft zum Durchbruch zu verhelfen. Eine nachhaltige und sozial ausgewogene Novelle des Ökostromgesetzes, in der jeder einen gerechten Anteil an den Kosten trägt, könnte hier einiges bewirken. Klar ist auch, und zwar sowohl für Österreich als auch für die Europäische Kommission, dass Kernenergie NICHT zu den erneuerbaren Energieträgern zählt. Wir müssen aber auch beobachten, dass angesichts des enormen prognostizierten Weltenergiebedarfs der politische Druck in diese Richtung enorm ist. [...]

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir Energiepolitik nicht alleine unter dem Aspekt der Umweltpolitik diskutieren oder gestalten können. Energiepolitik ist Wirtschafts- und auch Sozialpolitik. So führt die Verknappung der Ressource Energie zu eklatanten Preisschwankungen und zu einem langfristigen Preisanstieg. Unter diesem Gesichtspunkt ist es essenziell, dass bei den getroffenen beziehungsweise noch zu treffenden Maßnahmen, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit eindeutig im Mittelpunkt steht.

Meine Damen und Herren!

In Anlehnung an einen deutschen Philosophen des 19. Jahrhunderts bin ich der Auffassung, dass man über Klimawandel nicht nur reden soll, wir haben eine moralische Verpflichtung zu handeln. Hier bin ich ganz beim diesjährigen Friedensnobelpreisträger Al Gore, der die Klimafrage als „moral issue“ bezeichnet hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist eine unbequeme Wahrheit, aber wir haben und werden uns ihr – auch bei der nun kommenden Klimakonferenz auf Bali – stellen.

Danke.